



Frau Landratspräsidentin  
Daniela Bösch-Widmer  
Rathaus  
8750 Glarus

Mollis, 17.12.24

## Interpellation Uranlieferungen aus Russland

Sehr geehrte Frau Landratspräsidentin

Gestützt auf Art. 82 der Landratsverordnung reichen die Unterzeichnenden folgende Fragen betreffend Uranlieferungen an das AKW Beznau und Leibstadt zur Beantwortung durch den Regierungsrat ein.

Im Tagesanzeiger vom [14.08.2024](#) wurde über eine neue [Studie der Schweizerischen Energiestiftung](#) zum Uranbezug der Schweizerischen AKW berichtet. Das notwendige Uran für den Betrieb des AKW Beznau wird demnach zu 100% vom russischen Staatskonzern Rosatom bezogen. Beim AKW Leibstadt ist es die Hälfte des benötigten Urans. Somit wird ca. 15 Prozent des gesamten Schweizer Stroms aus russischem Uran produziert. Betrachtet man nur den Atomstrom, sind es 45 Prozent. Da das Uran kein lokaler Energieträger ist und somit importiert werden muss, ist die Schweizer Atomindustrie vom Ausland und momentan insbesondere von Russland abhängig.

Die Axpo Holding AG ist alleinige Eigentümerin des AKW Beznau und mit 39,1 Prozent am Atomkraftwerk Leibstadt AG beteiligt und damit auch die grösste Aktionärin des Atomkraftwerks Leibstadt AG.

Die Axpo ist der landesweit grösste Stromkonzern und im vollständigen Besitz der Kantone. Dadurch liegt diese auch in der Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand und erfüllt mit der hiesigen Stromproduktion einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und erfüllt damit auch eine wichtige öffentliche Aufgabe. Dadurch besteht auch ein öffentliches Interesse an Informationen zur Stromproduktion und allfälligen Abhängigkeiten. Auch der Kanton Glarus ist zu 1,747% Miteigentümer der Axpo Holding AG. Trotz dem öffentlichen Interesse an der Versorgungssicherheit sind die Eignerkantone seit 2018 nicht mehr mit eigenen Regierungsrät\*innen im Verwaltungsrat vertreten, wodurch ein Einbringen der kantonalen und



damit öffentlichen Interessen nur noch über die Wahrnehmung der Aktionärsrechte möglich ist.

Aus Sicht der Unterzeichnenden ist es wichtig, dass in Bezug auf die Beschaffung von noch benötigtem Uran Transparenz geschaffen wird. Vor diesem Hintergrund bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wieviel bezahlte die Axpo pro Jahr für Uran an Rosatom in den letzten Jahren?
2. Die Lieferverträge zwischen Rosatom und Atomkraftwerk Leibstadt AG laufen laut Artikel 2025 ab. Hat die Atomkraftwerk Leibstadt AG einen neuen Lieferanten gefunden? Falls ja, welchen?
3. Die Lieferverträge für das AKW Beznau laufen zwischen Rosatom und Axpo laut Artikel noch bis 2030. Das AKW Beznau wird noch bis 2033 betrieben. Wird für die dazwischenliegenden drei Jahre jetzt aktiv nach einem neuen Uran-Lieferanten Ausschau gehalten? Oder wird Beznau bis Ende der geplanten Laufzeit, Uran von russischen Lieferanten beziehen?
4. Werden sich die Kosten für den Uran-Bezug, aus künftig wohl weniger problematischer Quelle, erhöhen? Und hat das einen Einfluss auf die Rentabilität des AKW Beznau und das AKW Leibstadt?
5. Rosatom hat laut dem gleichen Zeitungsartikel viele Eigentumsbeteiligungen in Uranminen in anderen Ländern. Wie will die Axpo überprüfen, dass Rosatom kein Teil der Lieferkette eines neuen Lieferanten ist?
6. Ist die Abhängigkeit von russischem Uran und damit die indirekte Beteiligung des Kantons Glarus an die russische Kriegskasse, ein weiterer Grund um auf eine (rasche) Schliessung des AKW Beznau und des AKW Leibstadt zu beharren?
7. Was sind Möglichkeiten des Kantons Glarus als Eigneranton der Axpo Einfluss auf die Schaffung von Transparenz in Bezug auf die Beschaffung von Uran zu nehmen und wird sich der Kanton Glarus hierfür einsetzen?

Für die Beantwortung unserer Fragen möchten wir sehr herzlich danken. Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Mit freundlichen Grüssen

Kaj Weibel

Vizepräsident Grüne / Junge Grüne Fraktion

Marius Grossenbacher

Präsident Grüne / Junge Grüne Fraktion